

Waffenhersteller Haenel beschwert sich

SUHL – Der Waffenproduzent C.G. Haenel wehrt sich weiter gegen seinen Ausschluss aus dem Sturmgewehr-Auftrag der Bundeswehr (*thueringen.jetzt berichtete*). Die Firma hat heute bei der Vergabekammer des Bundeskartellamts einen Nachprüfungsantrag eingereicht, sagte ein Unternehmenssprecher gegenüber dem MDR. Darin wehre man sich gegen den Ausschluss aus dem Vergabeverfahren, den man für rechtswidrig halte. Die Vergabekammer hat nun bis zu sieben Wochen Zeit, um über den Antrag zu entscheiden. Der Grund für die Ablehnung sollen Patentrechtsverletzungen zu Lasten des Mitbewerbers Heckler & Koch sein.

Bundeswehr-Auftrag wird nicht nach Suhl vergeben

BERLIN/SUHL – das Bundesministerium der Verteidigung wird den Auftrag für das neue Sturmgewehr der Bundeswehr nicht an das Unternehmen Haenel in Suhl vergeben. Das meldet die Deutsche Presse-Agentur (dpa) unter Berufung auf Verteidigungspolitiker von Regierung und Opposition im Bundestag.

In der Meldung heißt es weiter:

„Das Ministerium führt demnach konkrete Hinweise auf Patentrechtsverletzungen an, wie sie Ende vergangenen Jahres in Expertengutachten dargestellt worden seien. Diese betreffen das angebotene Magazin der Haenel-Waffe und spezielle Bohrungen, aus denen eingedrungenes Wasser wieder austreten

kann („over the beach“).“

Der Waffenhersteller Haenel hatte sich im Bieterverfahren für die 120 000 Waffen gegen Heckler & Koch (Oberndorf) durchsetzen können. Dort kann man sich jetzt darauf freuen, den Auftrag übernehmen zu können.